

1/00 Mauthausen

In dieser Ausgabe:

- Editorial
- GEDENKDIENTST: Stellungnahme zur neuen Bundesregierung
- Einfach Beethoven über das KZ legen?
- Die Wiener Philharmoniker im NS-Staat
- Ein Ort der NS-Verbrechen schlechthin
- Antisemitismus in Russland – ein Beispiel für das zeitlose Konzept „Angst“
- Zloczów – Eine Geschichte aus Galizien
- GEDENKDIENTST in Warschau
- Österreich bankrott – Gedenkdienst vor dem Aus?
- Telegramm

Editorial

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Wie Sie sicher bemerken, haben wir uns mit der Herausgabe der ersten Nummer von GEDENKDIENTST viel Zeit gelassen. Der Grund dafür liegt in den politischen Veränderungen, die seit dem Regierungswechsel Anfang

Februar um sich greifen. Eine Vielzahl an öffentlichen Stellungnahmen und Erklärungen haben das Erscheinen von GEDENKDIENTST immer wieder ins Hintertreffen geraten lassen.

Mit ausschlaggebend dafür war die Kritik von seiten der FPÖ, die offen Gedenkdienst diffamierte. Zudem ist bis zur Drucklegung unklar gewesen, ob die weitere Finanzierung der Gedenkdienstleistenden seitens des Innenministeriums gewährleistet ist. Eine Chronologie der Ereignisse finden Sie auf Seite 7. Trotz aller negativen Vorzeichen hoffen wir dennoch auf ein Einlenken der neuen Bundesregierung. Schließlich heißt es in der Erklärung der Bundesregierung: „Österreichs NS-Vergangenheit erfordert eine besonders wache und kritische Auseinandersetzung und die notwendige Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems.“ Die Bundesregierung „wird für vorbehaltlose Aufklärung, Freilegung der Struktur dieses Unrechts und Weitergabe dieses Wissens an nachkommende Generationen als Mahnung für die Zukunft sorgen.“ Es ist zu hoffen, dass dieser Erklärung auch konkrete Taten folgen werden!

Heute sind wir mehr als jemals zuvor auf Ihre Unterstützung angewiesen. Erlauben Sie mir daher, dass ich sie zur Verwendung des beiliegenden Zahlscheins einlade. Mit jeder Spende stärken Sie unsere Position als regierungsunabhängige Organisation und fördern den Erhalt unserer Projekte.

Herzlichen Dank!

Sascha Kellner, Obmann Verein GEDENKDIENTST

GEDENKDIENTST: Stellungnahme zur neuen Bundesregierung

Gedenkdienst wurde 1992 als überparteilicher und überkonfessioneller Verein gegründet. Durch die Mitarbeit von jungen Menschen an internationalen Holocaust-Gedenkstätten wollen wir ein Zeichen dafür setzen, dass die Nachkommen der Tätergesellschaft bereit sind, die Verantwortung, die aus der Zeit des Nationalsozialismus für die Gegenwart erwächst, zu erkennen und zu tragen. Junge Menschen haben dadurch die Möglichkeit, sich mit den Ereignissen der NS-Zeit und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart auseinanderzusetzen, um sich so in den politischen Diskurs einzubringen.

Schuldgeständnis ist zu wenig

Die Zweite Republik hat mit den ehemaligen Nationalsozialisten einen Schulderschluss vollzogen und die Rechte von Opfern der NS-Zeit zum Teil bis heute missachtet. Dafür tragen alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte dieses Landes die Verantwortung, im besonderen die Großparteien SPÖ, ÖVP und FPÖ. Wir fordern daher alle gesellschaftlichen Kräfte auf, daraus die Konsequenzen zu ziehen und sich einer offenen Diskussion zu stellen. Diese Diskussion darf sich nicht in einem „Schuldeingeständnis“ oder in der Rückgabe geraubten Vermögens erschöpfen. Was die Überlebenden des Holocaust und deren Nachkommen von Österreich und seinen Menschen erwarten, sind klare Antworten auf Fragen nach den Ursachen des Antisemitismus und des Rassismus, den historischen Wurzeln des Nationalsozialismus und seinem Fortwirken im Österreich der Zweiten Republik.

MitarbeiterInnen von Gedenkdienst setzen sich mit diesen Fragen nicht nur in Österreich selbst auseinander, sondern auch in jenen Ländern, in denen österreichische TäterInnen gewütet haben und in Ländern, in denen EmigrantInnen und deren Nachkommen heute noch leben. Im Zentrum steht, den Opfern eine Stimme zu geben. Wir sind daher sehr besorgt über Hinweise der neuen Regierungskoalition, die dieser Art der Auseinandersetzung die Unterstützung entziehen wollen und im Zuge des Sparprogramms der Regierung beabsichtigen, auch bei Gedenkdienstleistenden den „Sparstift“ anzusetzen. Wir hoffen, dass diese Pläne nichts mit der kritischen Haltung von Gedenkdienst zur FPÖ und ihrer Regierungsbeteiligung zu tun haben. Gedenkdienst hat sich offen gegen den Nationalratswahlkampf der FPÖ gestellt, in dem Menschen mit anderer Hautfarbe, anderer Muttersprache und anderer Herkunft beleidigt und gekränkt wurden. Mit Verleumdungen, Stigmatisierungen und kaum verhohlener Hetze wurde ein Klima geschaffen, das zu rassistischen Übergriffen und dem Entstehen von Vorurteilen ermutigt. Das Regierungsabkommen zwischen FPÖ und ÖVP hat diese Art des Stimmenfangs nachträglich sanktioniert und führte zu nationalen und internationalen Protesten, an denen sich Gedenkdienst beteiligt hat.

Herausforderungen heute

Gedenkdienst solidarisiert sich mit jenen Organisationen und Initiativen, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von MigrantInnen und Minderheiten in Österreich einsetzen. Gedenkdienst solidarisiert sich auch mit jenem „anderen“ Österreich, das einen reflexartigen, an Chauvinismus grenzenden nationalen Schulderschluss gegen das vermeintliche „Ausland“ verweigert und bekennt sich zu einer „Problembürgerschaft“: Wir wollen uns den Problemen des wiederaufkeimenden Antisemitismus, des Rassismus sowie den Resten der nationalsozialistischen Geisteshaltungen in unserer Gesellschaft stellen, uns um Aufklärung und Entwicklung von Alternativen bemühen und am Aufbau einer offenen und humanistischen Gesellschaft mitwirken.

für den Verein GEDENKDIENTST:

Norbert Hinterleitner, Sascha Kellner, Christian Klösch, Stephan Sturm,
Johannes Thaler, Sina Zwettler (Vorstand)

Einfach Beethoven über das KZ legen?

Mythos „Völker verbindende Musik“ – kein Beitrag zu ehrlicher Auseinandersetzung

Leon Zelman ist ein Mann mit Gespür für große symbolische Gesten. Er regte die Errichtung eines „Hauses der Zeitgeschichte“ im Palais Epstein in Wien an (siehe GD 3/99). Zelman ist auch der Motor hinter dem Event „Mauthausen 2000“, das am 7. Mai über die Bühne gehen wird. „Die Wiener Philharmoniker und der Wiener Singverein unter der Leitung von Sir Simon Rattle zur Jahrtausendwende im Steinbruch der Gedenkstätte Mauthausen“ ist der Titel des acht-seitigen Konzepts dieser Gedenkfeier auf der Homepage des Innenministeriums (www.mauthausen-memorial.gv.at/aktuell/mh2000.htm).

Man erfährt, wie der Steinbruch durch „gestalterische und elektro-akustische Hilfsmittel in einen erfahrbaren virtuellen Klangraum“ verwandelt werden soll. Ziel der Veranstaltung sei „die Überwindung von Grausamkeit und Verbrechen, der Abschied von einem Europa der Kriege in der Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft – Beethovens IX. Symphonie, die aus tiefster Dunkelheit zum strahlenden Licht führt.“

„Beethoven – das haben auch die Nazis spielen lassen“

Aber gerade die Wahl der Wiener Philharmoniker und Beethovens IX. mit Schillers „Ode an die Freude“ im Steinbruch aufzuführen, wo der „Boden dieser riesigen Zwingburg mit dem Blut zehntausender unschuldiger Menschen getränkt (ist)“ (Zitat BMI-Homepage) stößt auf wachsenden Widerstand. Joe Zawinul, der 1998 in Mauthausen seine kürzlich auf CD erschienene Komposition „Vom Großen Sterben hören“ auführte, bringt das Unbehagen auf den Punkt: „Ich fände es besser, wenn die Philharmoniker etwas Neues spielen würden und nicht Beethoven. Das haben auch die Nazis spielen lassen.“ Der Historiker Bertrand Perz pflichtet bei: „Zawinul hat sich musikalisch intensiv mit Mauthausen auseinandergesetzt, die Philharmoniker hingegen wollen einfach Beethoven über das KZ legen.“ (Falter 11/00)

In der Tat bleibt die Frage offen, warum die Wahl gerade auf Beethoven fiel und nicht auf ein Werk eines im Holocaust ermordeten Komponisten oder überhaupt ein Werk eines zeitgenössischen Komponisten, das sich mit dem Holocaust auseinandersetzt? Clemens Hellsberg, Präsident der Philharmoniker, ging bei der Programmwahl von folgender Fragestellung aus: „Was können wir als Orchester dazu beitragen, die Welt menschlicher zu machen, die Furcht vor der Zukunft, wie sie der Beginn eines neuen Jahrtausends wohl auch mit sich bringt, zu mindern und durch Zuversicht und Hoffnung zu ersetzen?“ Die Antwort fand er bei der traditionellen kulturpolitischen Sendung Österreichs: „Mit jenem Aufbruch in eine menschenwürdige Zukunft, der auf diesem Bekenntnis zur Vergangenheit basiert und durch das Konzert in Mauthausen symbolisiert wird, wollen wir einen positiven Beitrag zum Bild unseres Heimatlandes leisten, dessen Bewohner in der Vergangenheit zwar viel Leid erfahren, aber auch viel Schuld auf sich geladen haben, das jedoch gerade auf dem Gebiet der Musik dieser Welt soviel geschenkt hat.“

Neue Sprechweisen gefordert – auch von Kulturschaffenden

Geoffrey Hartmann fordert in seinem Buch „Der längste Schatten“ die Kulturschaffenden auf, neue künstlerische Sprechweisen zu entwickeln, um das Gedenken an den Holocaust auch in Zukunft ohne die Zeugenschaft der Überlebenden sicherzustellen. Von dieser neuen Zeugenschaft sind die Philharmoniker meilenweit entfernt. Statt dessen machen sie das, was sie immer gemacht haben: Sie verbinden ihre traditionell perfekte Interpretation Beethovens mit überkommenen Österreich-Klischees und präsentieren dieses Bild als zukunftsweisend für das 21. Jahrhundert. Österreich, das Land der Völker verbindenden Musik, dem kriegerische Brutalität wesensfremd ist – ein Mythos, der wenig zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus leisten kann, viel aber für seine Verdrängung und/oder seine Verharmlosung.

Für Michael Zink, Leiter des Gedenkstättenbeirats im Innenministerium, stand von Anfang an der Symbolcharakter des Engagements der Philharmoniker im Vordergrund. Er hofft, dass Mauthausen in das Bewußtsein breiterer Bevölkerungsschichten treten würde. Zink streicht den Willen der Philharmoniker

hervor, auf ihre ganz spezifische Art und Weise Stellung zur Thematik zu beziehen. Das Engagement der Philharmoniker ist sicherlich gut gemeint, doch hat der Mythos des Jahrtausendwechsels den klaren Blick auf die Symbolik des Ortes verstellt. Es ist daher auch nicht zu erwarten, dass österreichische FernsehzuschauerInnen am 7. Mai durch die Übertragung des Konzerts für Verfolgung und Ermordung von Menschen im Österreich der Zeit des Nationalsozialismus sensibilisiert werden.

Die Vergangenheit hat unsere Gesellschaft wieder eingeholt

Hätte es keinen Regierungswechsel zu Schwarz/Blau gegeben, hätte dies wohl kaum jemanden sonderlich gestört. Der Event-Charakter und die Teilnahme der internationalen Prominenz von Romano Prodi bis Elie Wiesel wäre im Vordergrund gestanden. Doch die Vergangenheit hat die österreichische Gesellschaft wieder einmal eingeholt. Die neue schwarz/blau Regierung und die damit verbundenen Absagen und Ausladungen haben deutlich vor Augen geführt, wie substanzlos der Ansatz der Philharmoniker ist. Martha Halpert von der Anti-Defamation-League hat sich als eine der schärfsten Kritikerinnen des ästhetischen Konzepts der Veranstaltung zu Wort gemeldet. Aber auch Organisationen wie Mauthausen Aktiv Österreich und die Österreichische Lagergemeinschaft, die ursprünglich das Konzept voll unterstützten, treten nun als Kritiker auf. Bei ihrer Kritik geht es dabei nicht so sehr um das Konzept der Philharmoniker sondern um die Teilnahme des offiziellen Österreichs. Sie drohten, zum Boykott des Konzerts aufzurufen, falls ein Regierungsmitglied der Koalition kommen sollte. Die ganze Veranstaltung schien kurz vor der Absage. Ex-Justizminister Krüger (FPÖ) kündigte im Februar schon seinen Besuch an, was zu einem Aufschrei der Empörung führte. Hatte er doch 1995 die Diktion seines damaligen Parteichefs Haider „Konzentrationslager = Straflager“ im Parlament lautstark verteidigt. Der Rücktritt Krügers löste dieses Problem von selbst.

Innenminister Strasser sah sich mit der Situation konfrontiert, eine Veranstaltung organisieren und finanzieren zu müssen, bei der seine Anwesenheit von allen OrganisatorInnen – mit Ausnahme Leon Zelmans – nicht erwünscht war. Um dieser peinlichen Situation zu entkommen, beauftragte Strasser eine private Event-Agentur, die offiziell als Veranstalter des Konzerts gilt. Dies war plötzlich auch dadurch notwendig geworden, da sich das Bundesheeraußerstande sah, das notwendige Material zum Aufbau der Bühne zur Verfügung zu stellen. Dieses Gerät, so hieß es dazu vom Militärkommando Oberösterreich in einer mehr als fragwürdigen Begründung, sei unabkömmlich, da man Anfang Mai mit Überschwemmungen in Oberösterreich rechne. Dass die Beauftragung der Event-Agentur durch das Innenministerium und die Absage des Bundesheers durch das Verteidigungsministerium akkordiert waren ist naheliegend – befreien sich doch beide Minister aus der misslichen Situation, eigentlich zur Feier kommen zu müssen, aber nicht zu können.

Lernorte für Jugendliche sind notwendig

Laut Info-Illustrierter NEWS kosten sämtliche Befreiungsfeiern in Österreich dieses Jahr (siehe Kasten), trotz des Gagenverzichts der Philharmoniker, rund 30 Millionen Schilling. Ein Betrag, der angesichts der Verantwortung der Republik für die Gedenkstätten mehr als gerechtfertigt ist. Doch sollte man sich im zuständigen Ministerium überlegen, wie, abseits der jährlichen Gedenkfeiern, KZ-Gedenkstätten in Österreich zu Lernorten für die Jugend gemacht werden können. Laut dem Historiker Bertrand Perz liegen wissenschaftliche und pädagogische Konzepte zur Reform der Holocaust-Gedenkstätten schon lange in der Schublade des Innenministeriums. Angesichts des traurigen Zustands der Gedenkstätte Mauthausen ist dringend Geld für den Aufbau eines ordentlichen Archivs und einer Bibliothek notwendig. Insbesondere die Errichtung einer internationalen Jugendbegegnungsstätte nach dem Vorbild der Begegnungsstätten in Auschwitz und Theresienstadt ist mehr als überfällig.

Erst letztes Jahr wurde ein Beirat im Ministerium eingesetzt, der diese erwähnten Konzepte durchsetzen soll. Dafür werden wohl mehr als die erwähnten 30 Millionen Schilling notwendig sein, und das nicht nur vom Innenministerium. Durch Kürzungen im Unterrichtsbudget fuhr letztes Jahr z. B. keine einzige (!) österreichische Schulgruppe zur Jugendbegegnungsstätte Theresienstadt. Mit den kolportierten 30 Millionen Schilling könnte Gedenkdienst 500 siebentägige Studienfahrten mit begleitenden pädagogischen Programmen zu den Jugendbegegnungsstätten Theresienstadt oder Auschwitz für 10.000 österreichische SchülerInnen pro Jahr organisieren ...

Christian Klösch, Historiker, ehem. Gedenkdienstleistender am Leo Baeck Institute, New York

Die Wiener Philharmoniker im NS-Staat

Ein glänzendes Beispiel österreichischen Vergessens

Anlässlich der heuer stattfindenden Gedenkfeiern in Mauthausen werden auch die Wiener Philharmoniker auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers auftreten. Wie bei vielen Institutionen stellt sich auch bei Österreichs Paradeorchester die Frage nach seiner Rolle im Dritten Reich.

Das Jahr 1938 stellte kulturell keinen wirklichen „Umsturz“ dar, ebensowenig wie das Jahr 1945 die vielbeschworene „Stunde Null“. Einzelheiten dieser Epoche österreichischer Musikgeschichte sind noch nicht aufgearbeitet. So fehlen genaue Untersuchungen zu persönlichen und materiellen Verflechtungen mit dem nationalsozialistischen Regime. Auch der Umfang der Arierisierung jüdischen Eigentums ist noch nicht geklärt.

Einzig die unleugbare Tatsache, dass durch Emigration, Deportation und Ermordung jüdischer und politisch missliebiger Musiker ein menschlich und künstlerisch nicht wieder gutzumachender Aderlass stattfand, ist in Einzelstudien wissenschaftlich untersucht worden. Bedauerlicherweise ist festzustellen, dass die meisten Migrationsstudien aus dem englischsprachigen Raum stammen.

Auch die Wiener Philharmoniker haben es bis heute verabsäumt, sich ihrer Vergangenheit ernsthaft zu stellen. Wie alle Kulturinstitutionen, denen es erlaubt war weiter existieren zu dürfen, wurden die Philharmoniker Teil der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie. Von einer erzwungenen Eingliederung in diese kann aber keine Rede sein. Im Gegenteil, schon am 14. oder 15. März 1938 drängte der neu ernannte Vorstand unter Leitung Wilhelm Jergers darauf, vor dem Führer spielen zu dürfen. Am 22./23. April fand schließlich in Berlin ein Konzert vor den Spitzen der Partei statt.

Das gute Einvernehmen mit den Nationalsozialisten kam nicht von ungefähr. Viele Musiker waren oder wurden Mitglieder der Partei. Wilhelm Jerger (1902-1978) war schon seit 1932 Mitglied der NSDAP und wurde später Ratsherr der Stadt Wien, SS-Untersturmführer und Kreisleiter. In Verbindung mit dem Anschluss waren 14 Mitglieder des Orchesters der Partei beigetreten, zu denen 25 weitere Kollegen kamen, welche diesen Schritt schon vor 1938 vollzogen und nach dem Verbotsgesetz des Jahres 1933 teilweise sogar illegal der NSDAP angehört hatten. Der anfangs schon hohe Anteil von 36 Prozent an Parteimitgliedern stieg bis 1945 auf rund 42 Prozent an. Wieviele der Künstler tatsächlich aus politischer Überzeugung und welche nur aus beruflichen Gründen Mitglieder wurden, läßt sich nicht mehr ermitteln, da nach Ende des Regimes keine Untersuchungen zur Rolle der einzelnen Musiker durchgeführt wurden.

Auf der anderen Seite mussten aus rassistischen und politischen Gründen zwölf aktive Mitglieder das Orchester verlassen. Bekannt ist allerdings ein konkreter Fall, in dem der Verein seine Verbindungen nutzte um einen Philharmoniker zu retten. Der Primgeiger Josef Geringer wurde am 9. November 1938 verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt. Auf Intervention Jergers wurde Geringer freigelassen. Dieser humane Akt ist aber singulär und sicherlich durch die persönliche Freundschaft mit dem Kollegen zu erklären. Einen wie immer gearteten Widerstand gegen das Regime gab es innerhalb der Philharmoniker nicht.

Bedroht waren aber auch neun weitere Musiker, die als „Mischlinge“ oder „Versippte“ um ihren Beruf oder um das Leben ihrer Angehörigen bangen mussten. Der drohende weitere Aderlass an Künstlern hätte eine empfindliche Einschränkung der Spielfähigkeit des Orchesters dargestellt. So wurden, wieder mit Hilfe politischer Verbindungen, Sondergenehmigungen erwirkt, die es den neun gefährdeten Mitgliedern erlaubten, bis zum Ende des Dritten Reiches beruflich tätig zu bleiben. Inwieweit dies einen humanitären Akt darstellte, ist stark anzuzweifeln. Wahrscheinlicher ist, dass man bemüht war, das künstlerische Niveau zu halten und so weiterhin der Rolle als kulturell und propagandistisch bedeutsame Institution gerecht zu werden.

Bedeutsam für das Orchester war die Wahrung seines Vereinsstatus. Am 7. Dezember 1938 langte ein Bescheid des „Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände ein“, demzufolge der Verein „gelöscht und das Vermögen eingewiesen wird in die Staatstheater und Bühnenakademie, Wien“. Dieser Bescheid wurde jedoch wenig später zurückgezogen. Der Verein erstellte eine Reihe neuer Statuten, die mit den Vorstellungen der Machthaber konform gingen. Das Ensemble wurde „in die Sonderklasse der Vergütungsordnung der Tarifordnung für die deutschen Kulturorchester“ eingereiht.

Dieser Vorgang mag für die Betroffenen sehr dramatisch gewirkt haben, doch war nur von einer „Löschung“ im Sinne einer folgenden Verstaatlichung, nicht von einer Auflösung der Philharmoniker die Rede. Im Gegensatz zu so vielen jüdischen und politischen Vereinen waren die Wiener Philharmoniker nie in ihrer Existenz gefährdet.

Wenn die Wiener Philharmoniker heuer in Mauthausen auftreten, wäre es wünschenswert, dass man sich tatsächlich erinnert und bereit ist, sich offen und ehrlich mit der Geschichte des Orchesters zu beschäftigen. Die gefährliche und unglückliche Verbindung von totalitärer Politik und Kunst soll und muss als Mahnung gerade heute allen vor Augen geführt werden.

Markus H. Lenhart, studiert Kunstgeschichte und Geschichte, Gedenkdienstmitarbeiter in Graz

Literatur:

Clemens Hellsberg, Demokratie der Könige.

Die Geschichte der Wiener Philharmoniker, Mainz/Zürich/Wien 1992.

Michael H. Kater, Die missbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich, München/Wien 1998.

Gottfried Kraus (Hg.), Musik in Österreich. Eine Chronik in Daten, Dokumenten, Essays und Bildern, Wiener Neustadt 1989.

Ein Ort der NS-Verbrechen schlechthin

Chronologie der Geschichte des ehemaligen KZ Mauthausen von 1938 bis heute

Mauthausen nimmt in Österreich eine Sonderstellung ein. Als größtes Nazi-Konzentrationslager auf dem heutigen Staatsgebiet, dem fast alle Nebenlager in der damaligen „Ostmark“ unterstellt waren, ist es heute die Gedenkstätte für Naziverbrechen in Österreich schlechthin, in der „das ... Neben- und Miteinander westlich-konfessioneller und kommunistischer Erinnerungsmomente immer noch weiter (lebt,) wenngleich abgeschwächt und von einem (vor allem sozialdemokratisch geprägten) Erinnerungsritual überlagert“ (Botz:1997).

Während die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen durch viele Publikationen relativ gut aufgearbeitet ist, ist über die Geschichte der Gedenkstätte Mauthausen nur wenig Material vorhanden. Die einzige ausführliche historische Darstellung zu diesem Thema ist die unter dem Titel „Memorandum“ erschienene Schrift von Hans Marsalek aus dem Jahr 1993.

Chronologie ab 1938

1938-45 Kurz nach dem „Anschluss“ kommen am 8. August die ersten Häftlinge aus Dachau nach Mauthausen, wo sie mit dem Aufbau des Konzentrationslagers beginnen und im Steinbruch zur Arbeit gezwungen werden. 1941 werden alle KZs in Lagerstufen eingeteilt. Mauthausen wird als einziges KZ der höchsten Stufe III zugeteilt. Im Klartext bedeutet dies, dass Mauthausen, abgesehen von den reinen Vernichtungslagern im Osten eines der schlimmsten Lager wird. Die durchschnittliche Lebensdauer der Gefangenen beträgt sechs Monate. In diesem KZ werden mit all seinen 49 Nebenlagern über 105.000 Männer und Frauen ermordet. Die Liste der dort verbrochenen Grausamkeiten ist ebenso lang wie unfassbar.

1945 Am 5. Mai wird das Konzentrationslager Mauthausen von US-amerikanischen Truppen befreit. In weiterer Folge werden die befreiten Gefangenen in verschiedene Krankenhäuser verlegt, die Heimkehr vieler Gefangener organisiert und im Lagergelände ein Friedhof für die Verstorbenen angelegt. Wegen Seuchengefahr tragen die Amerikaner bereits erste Teile des Lagers ab. Im Juli räumen die US-Streitkräfte das Mühlviertel und übergeben das ehemalige Konzentrationslager den Sowjets, die dort eine Kaserne einrichten.

1946 Nach fast einem Jahr, in dem auch die Sowjets Teile des Lagers demontieren, übergeben sie das Lager dem Bürgermeister der Marktgemeinde Mauthausen. In der Zeit der Eigentümerschaft der Marktgemeinde Mauthausen wird das ehemalige Lager nur mangelhaft bewacht, was zu vielen Diebstählen durch die notleidende Bevölkerung führt. Das ehemalige Lager verfällt immer mehr. Ein Lokalausweis von Mitgliedern des Bundesverbandes der ehemals politisch Verfolgten veranlasst diese zur Feststellung: „Es ist ganz einfach unfassbar. Ein Platz, der in jedem anderen Lande eine Weihestätte wäre, ist bei uns eine Mistg'stätt'n (sic!) und ein Kartoffelacker.“ (n. Freund: 1995)

1947 Am 20. Juni erfolgt die feierliche Übergabe des Lagers an die österreichische Bundesregierung, vertreten von Bundeskanzler Leopold Figl. Die Bundesregierung wird dabei von den Sowjets verpflichtet „die Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen als Denkmal zur Erinnerung an die durch nazistische Henkersknechte hingemordeten Opfer in ihre Obhut zu nehmen und zu erhalten.“

1949 beschließt der Ministerrat , die Gedächtnisstätte der oberösterreichischen Landesregierung zu übergeben und die bauliche Gestaltung eines Weiheraumes sowie diverse Instandhaltungsarbeiten zu genehmigen. Im Ministerratsbeschluss heißt es nun bezeichnenderweise, dass das ehemalige Lager „zu Ehren der im Kampfe um ein freies demokratisches Österreich gefallenen Opfer als öffentliches Denkmal“ erklärt wird. Im Gegensatz zum sowjetischen Wortlaut wird der Personenkreis der Opfer drastisch eingeschränkt.

Zwei Tage später kommt aus dem Innenministerium die Weisung dass, da „es sich bei der Feier des Bundesverbandes der KZ-ler (diese Feier war die erste Befreiungskundgebung mit internationaler Beteiligung in Mauthausen und erfolgte im Auftrag der internationalen Organisation der politischen Opfer) vom 8. 5. 1949 um keine offizielle Feier in Mauthausen handelt, ... eine Beteiligung österreichischer Behörden aus diesem Grunde nicht angezeigt erscheint.“ Die oberösterreichische Landesregierung protestiert einstimmig dagegen. 1949 wird von den Franzosen das erste nationale Denkmal eingeweiht. Andere Nationen und Opfergruppen folgen künftig diesem Beispiel.

50-er Errichtung des KZ-Friedhofs in Ebensee durch das BMI. In den folgenden Jahrzehnten werden bei einigen ehemaligen Nebenlagern, oft durch Initiative engagierter Vereinigungen, Mahnmale errichtet und betreut.

60-er Die jährlichen Gedenkfeiern werden von 1949 – 64 vom Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus organisiert. Dieser Verband ist von den drei Parteien paritätisch besetzt, jedoch immer kommunistisch etikettiert und großen Schwierigkeiten ausgesetzt. Im Jahr 1964 wird die Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen (ÖLM) als überparteiliche Organisation gegründet, die von da an die jährlichen Befreiungskundgebungen durchführt. 1964 genehmigt die Bundesregierung die Einrichtung eines seit den 50-er Jahren geforderten Museums, das unter dem Koordinator der Gedenkstätte und ehemaligen Häftling Hans Marsalek in Angriff genommen wird. Seit 1965 findet jährlich ein freiwilliger Arbeitsdienst von Berliner BerufsschülerInnen statt. SchülerInnen verschiedenster Sparten kommen mit ihren BetreuungslehrerInnen zwei bis drei Wochen nach Mauthausen wo sie neben diversen Rahmenprogrammen auch Instandhaltungsarbeiten an der Gedenkstätte verrichten. Von Seite österreichischer Schulen gibt es keine vergleichbaren Initiativen.

1970 Eröffnung des Museums in der Gedenkstätte , im Rahmen der 25-Jahr-Feierlichkeiten. 1971 wird die Gedenkstätte wieder in die Verwaltung des Innenministeriums zurückgegeben.

Bis in die 80-er Jahre führt die ÖLM

ohne jegliche staatliche Subvention die Befreiungskundgebungen durch. Ab dann bestreiten AktivistInnen des ÖGB und der röm.-kath. Kirche in Zusammenarbeit mit der ÖLM und mit finanzieller Unterstützung des Innenministeriums Organisation und Koordination der Feiern in Mauthausen und in vielen der ehemaligen Nebenlager. 1982 wird eine weitere ständige Ausstellung über ÖsterreicherInnen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern eröffnet. Zur gleichen Zeit protestieren jüdische Organisationen, dass die Zahl jüdische Opfer zu niedrig angegeben ist.

In den 80-ern übernimmt Min.Rat. Peter Fischer die Agenden der Gedenkstätte, die er bis heute führt. Wichtigste Aufgaben dieser Abteilung sind die Betreuung der Gedenkstätte Mauthausen und ehem. Nebenlager (z. B. Melk, Ebensee). Im Hauptlager stehen 15 Personen, darunter vier Zivildienstler, im Dienst des BMI. Aufgabenbereiche sind: Administration, Archiv des Museums (Realien, Schrift- und Bildquellen), Bibliothek, wissenschaftliche Arbeit (Dokumentenankauf, Datenerfassung, Publikationen, Auskünfte).

90-er Ausgelöst durch einen Auftrag des Bundeskanzleramtes erscheint 1991 das sog. Fliedl-Gutachten, in dem eine Bestandsaufnahme aller zum Thema KZ Mauthausen relevanten Quellen erstellt wird. Es werden Vorschläge für eine Um- bzw. Neugestaltung der Gedenkstätte erarbeitet, in denen auf die sich verändernden Formen des kollektiven Gedächtnisses (Sterben der ZeitzeugInnen, Enttabuisierung in der Zeitgeschichte, polit. Wandel in Osteuropa ...) reagiert wird. 1994 erstellt die Lagergemeinschaft eigene Vorschläge, in denen den ZeitzeugInnen mehr Stellenwert eingeräumt wird als der geschichtswissenschaftlichen Forschung und die eher für die verstärkte Sichtung und Sammlung von Dokumenten und Artefakten denn für eine Umgestaltung oder grundlegende Neukonzeption der Gedenkstätte eintritt.

1995 Im Rahmen der 50. Wiederkehr der Befreiung und im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst erscheinen die „Vorschläge der Sachverständigenkommission zur Gedenkstätte KZ Mauthausen“ unter Beteiligung zahlreicher renommierter internationaler HistorikerInnen. Hier wird dem neuesten Forschungsstand Rechnung getragen, jedoch wenig Wert auf Gestaltungsprobleme der Ausstellung gelegt. Dieses Papier folgt dem Trend zur faktenorientierten, nüchternen Gestaltung von

ehem. KZs als Zeitgeschichtemuseen. Trotz Nicht-Akkordierung mit dem Innenministerium und trotz einer eher traditionellen geschichtstheoretischen Argumentation erhält dieses Gutachten eine bemerkenswerte Öffentlichkeit und bringt einige Initiativen in Gang.

1997 findet in Wien die Gründung des Vereins Mauthausen Aktiv Österreich durch Bischof Maximilian Aichern und ÖGB Präsident Fritz Verzetnitsch statt. Diese Organisation soll als Koordinationsstelle aller Aktivitäten und Initiativen fungieren, die sich mit der Geschichte des KZ Mauthausen befassen. Ebenfalls 1997 erscheint ein Rahmenkonzept zur Neugestaltung der Gedenkstätte (Botz/Elmayer), das i. w. auf älteren Vorschlägen basiert, jedoch eine stärkere Einbeziehung der Überlebenden fordert.

1998 Am 9. Mai wird unter Beteiligung verschiedener Roma- und Sinti-Vereine aus dem In- und Ausland das Denkmal für die ermordeten Roma und Sinti errichtet.

Von 1970, dem Jahr der Eröffnung des Museums, bis 1999 besuchten ca. 5,5 Millionen Menschen die Gedenkstätte Mauthausen.

Günther E. Sturm, Helmut Wartlik, Gedenkdienstmitarbeiter in Wien

Literatur:

Gerhard Botz, Daniela Elmayer: Gedenkstätten-Museum Mauthausen (Salzburg 1997)

Freund, Perz, Stuhlpfarrer: Historische Überreste von Tötungseinrichtungen im KZ Mauthausen. in: Zeitgeschichte 9/10 (Wien 1995)

Hans Marsalek: Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen (Wien 1980), ebd.: Memorandum (Wien, 1993)

[Mauthausen], Tätigkeitsbericht 1996 der Abt. IV/7, BMFI (Wien 1997)

Vorschläge der Sachverständigenkommission (Wien 1995)

Webpage der Gedenkstätte Mauthausen: <http://www.mauthausen.memorial.gv.at/>

Antisemitismus in Russland – ein Beispiel für das zeitlose Konzept ‚Angst‘

Gefragt nach ‚dem Schuldigen‘ tauchen in unserem historischen Bewusstsein zumindest zwei Gruppen von Minderheiten auf, die ständig zu den Opfern zählen – als Sündenböcke, als Schuldige für Ereignisse, Zustände und Ängste der Mehrheit herhalten müssen: Sinti und Roma – vielfach als ‚Zigeuner‘ benannt – und Juden.

‚Angst‘ ist immer etwas Unkonkretes, im Gegensatz zur ‚Furcht‘, die einen bestimmten Ursprung kennt. Diese Ungewissheit, manchmal auch Hilflosigkeit der ‚Angst‘ bedient sich konstruierter Erklärungsmechanismen, die der unerklärlichen Angst eine Form zu geben versuchen. Ein wehrloser Schuldiger übernimmt die Funktion des Sündenbocks, den man nur zu verjagen oder zu vernichten braucht, um sich aus der eigenen ‚Angst‘ zu befreien. Ein Vorhaben, das nicht gelingen kann, vorerst aber erleichtert und in Zukunft die Möglichkeit bietet, beliebig wiederholt zu werden.

Im Russischen Reich, der Sowjetunion oder in der Russischen Föderation der Gegenwart begegnen wir einer Vielzahl von Bewegungen und Ideen, die sich vielleicht durch ihren Träger unterscheiden lassen, die aber in ihrer Grundgesamtheit kaum reell zu unterscheiden sind. Gleich ist ihnen allen die ‚Angst‘: die Angst einer Gesellschaft in der Transformation vor einer ungewissen Zukunft, die Angst vor einer verschworenen Vergangenheit, die unbewusste Angst vor sich selbst ...

Es ist hier nicht der Platz für eine umfassende Darstellung des Antisemitismus in Russland, gleichwohl ist es aber auch nicht zielführend, einfach in die Gegenwart einzusteigen und in statistischer Gleichmut gesammelte Ergebnisse und Zustände über den Antisemitismus im heutigen Russland aufzuzählen. Vereinzelt generalisierende Blicke in die Vergangenheit müssen hier genügen, um Klarheit für die Erläuterung einiger Haupttendenzen zu schaffen.

Das zaristische Russland

Der zum Staatsprogramm erhobene Konservatismus Zar Nikolaus II. versuchte jede Reform von vornherein zu verhindern. Die ‚Intelligenz‘ mit ihren vom Westen genährten Ideen einer Umgestaltung des Staates nach neuen Kriterien war dem Staatsapparat Feind und Symbol seiner Angst vor der Zukunft. Die jüdische Bevölkerung, deren größter Teil des Lesens und Schreibens mächtig war – im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung – war dem Staatsapparat suspekt. Die meist trostlose wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der Juden ließ revolutionäre Bewegungen entstehen. Zu dieser negativen Haltung des Staates gesellte sich noch ein Jahrhunderte alter, von der Vorstellung der ‚Juden als Christusmörder‘ genährter Antijudaismus. Zu oft benutzte der Staat in Ablenkung von Problemen die Juden als Zielscheibe seiner Politik der gefährlichen zweiseitigen Kraftumlenkung des unzufriedener werdenden Volkes.

Der Beilis-Prozess (Kiew, 1913) kann als manifestierter Ausdruck dieser Haltung verstanden werden: 1911 verschwindet in Kiew ein christlicher Junge, dessen Leichnam später gefunden wird. Obwohl der Sachverhalt sowie der Mörder den Behörden bekannt waren, begann man daraus einen Ritualmord der jüdischen Bevölkerung zu konstruieren. Die Pogrome von 1903 in Odessa und 1905 in Kischnew waren noch in frischer Erinnerung. Sehr schnell wurde aus diesem Prozess ein offener politischer Kampf der ‚Intelligenz‘, die sich hinter die Juden stellte, und dem nur mehr scheinbar allmächtigen Staat.

Die Ära der Sowjetunion

Die Russische Revolution brachte für viele Juden nicht die erhoffte Befreiung aus ihrer kleinen, eingegrenzten Welt des Schtetls der hungernden Luftmenschen – wie Manès Sperber den Großteil dieser Bevölkerungsschicht beschrieb - mit ihrer ständigen Bedrohung durch eine feindliche Umwelt.

Die Revolution, die Partei – mit dem Vorwurf einer jüdischen Verschwörung gegen Russland konfrontiert – wird zum Sammelbecken für Antisemitismus. Juden bekamen bald zu spüren, dass die Revolution in ihnen eine Gefahr sah – die Gefahr des ‚privaten Kleinunternehmers‘, eine mit den Idealen der Neuerung

unvereinbare Lebenssituation. Später kam noch eine Facette der Verachtung den Juden gegenüber hinzu:

„Der Jude“, so der Schriftsteller Andrej Sinjawschij (besser bekannt als Abram Terz) über seine Erfahrungen in den Lagern des GULAG, „ist die objektivierte Erbsünde Russlands, von der es sich ständig reinigen will und nicht kann.“ Sinjawschij weiter: „Man könnte freilich auch paraphrasieren: Der Antisemitismus ist das einzige glaubwürdige Mittel eines schwer belasteten Staats- und Parteikaders, sich von den Sünden der sowjetischen Geschichte reinzuwaschen.“ (Sinjawschij: Literatur als Prozess, 1977; ex: Koenen/Hielscher (Hg.): Die schwarze Front – Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Hamburg 1991, S. 36).

Die Schicksale des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, dessen Aufgabe es war, die (jüdischen) Massen für den Krieg gegen den Faschismus zu organisieren, des Staatlich Jiddischen Theaters, der Schriftsteller Ilya Ehrenburg, David Grossman, Ossip Mandelstamm, der Schauspieler Salomon Michoels, Benjamin Suskin u. v. a. wurden zum Manifest dieser ‚reinzuwuschenden Erbsünde‘. Das stalinistische totalitäre System der ‚Angst‘ forderte neue Opfer für sein Fortbestehen. Die Ermordung des weltberühmten Schauspielers Salomon Michoels am 13. Jänner 1948 in Minsk, dem kurz zuvor noch hohe staatliche Auszeichnungen (Stalin-Preis) für seine Verdienste verliehen worden waren, stand am Beginn einer nunmehr offen antisemitischen Politik der „Kosmopoliten und Ärzteprozesse“, die zwar mit dem Tod Stalins 1953 ein Ende nahmen, deren Wurzeln aber weiterbestanden.

Das Foto der Erhängung der 17-jährigen Mascha Bruskina in Weißrussland im Oktober 1941 ist weltweit bekannt. In der Sowjetunion, in der heutigen russischen Föderation und in Weißrussland gilt sie als Abbild einer furchtlosen Partisanin. Obwohl seit den 60-er Jahren bekannt war, dass Mascha eine jüdische Krankenpflegerin war die half, verwundete sowjetische Offiziere zu den Partisanen zu bringen, bleibt dieses Faktum konsequent unerwähnt.

Russische Föderation heute

Obwohl demokratische Kräfte in Russland erkannt haben, dass „die offene Äußerung des Antisemitismus nicht nur gegen Juden gerichtet, sondern, [dass] sie ein wirksames Instrument in den Händen der rechten und linken Kräfte in ihrem Bestreben, die Entwicklung der Demokratie zu stoppen“ (Resolutionstext eines int. Seminars, Moskau, 1993) sei, ist man weit davon entfernt, diese Erkenntnis wirksam umzusetzen. Die Vielschichtigkeit des russischen Antisemitismus kommt im weiten Spektrum seiner Anwendung in den verschiedenen Institutionen der Gesellschaft immer wieder zum Ausdruck.

Die kommunistische Partei, die sich von ihrer Vergangenheit nicht zu lösen vermag, sucht seit Jahren ihren Weg in einer verstärkt nationalistischen Politik, in der vermehrt von einer grassierenden „Russophobie“, einem „Genozid am Russischen Volk“ gesprochen wird. Dazu kommen die beispielhaften Äußerungen des Generals Makashov – Abgeordneter der KPRF, der im Oktober 1998 offen ein Vorgehen gegen die Juden forderte. Es ist kein ‚Ausrutscher‘ in dieser Partei: Genadi Sjuganov, Chef der KP oder Genadi Selesnjow, bis vor kurzem Sprecher in der GossDuma, dem Unterhaus des Parlaments, vertreten dieselben, wenngleich auch im Westen nicht immer gehörten Ansichten – oder will man sie nicht hören?

Radikale Parteien, wie die kirchlich-national-antikommunistische Pamjat-Bewegung, deren zeitungsverteilende, in schwarze Uniformen gekleidete Anhänger in den russischen Städten zum Alltagsbild gehören, oder die sich offen als Nationalsozialisten bezeichnende Bewegung der Russisch Nationalen Einheit (RNE), eine Abspaltung der Pamjat, sind zwar in der Öffentlichkeit präsent, aber in ihrem direkten politischen Einfluss zu vernachlässigen. Allein viel gefährlicher ist ihre unkritisierte Existenz. Weder der Staat noch die Orthodoxe Kirche als verbleibende moralische Instanzen haben diese Bewegungen oder die vielfach frei verkauften rassistischen Pamphlete verurteilt. Im Gegenteil, die Orthodoxie bekundet ein gewisses Naheverhältnis zu solchen Gruppen. Antisemitische Schriften offizieller Kirchenangehöriger finden sich in vielen Kirchenläden. Der Staat und seine Institutionen sind vielleicht weniger offen antisemitisch als früher, konkrete Maßnahmen gegen Fremdenhass oder Antisemitismus gibt er nur spärlich. Die Putschisten des Oktober 1993 um Alexander Ruzkoj waren nicht nur Mitglieder der KP, der Großteil ihrer bewaffneten Unterstützer waren Anhänger der RNE. Diese Ereignisse sind sieben Jahre her. Ruzkoj ist mittlerweile Provinzgouverneur von Kursk, er war Gründungsmitglied jener

überraschend siegreichen Partei „Die Einheit – Der Bär“, die den Weg zu einer Präsidentschaft Putins ebnete ...

Antisemitismus ist in Russland keine Erscheinung, die mit einer einfachen Erklärung verstanden werden könnte. Zu viele unterschiedliche, in ihren Strukturen und Ideen oftmals gegensätzliche, aber in der Auffassung vom ‚Juden als Schuldigen‘ in ihrer Angst vor der Zukunft gleichen Strömungen begegnen sich im politischen Alltag. Der Krieg im Kaukasus, die tagtäglich gepredigte Gefährlichkeit und Unberechenbarkeit der ‚Schwarzen‘ hat (aus unserer westlichen Perspektive) den Antisemitismus etwas in den Hintergrund gedrängt. Aber schon werden wieder Stimmen laut, die erkannt haben, welche Rolle Boris Beresowskij und andere Magnaten bei den Wahlen und im Krieg im Kaukasus spielen. Schon gibt es Stimmen, die hinter Boris Abramovitsh Beresowskij & Co eine dunkle Machenschaft sehen.

Keinesfalls soll aber nur ein negatives Bild der Zukunft Russlands in dieser Hinsicht gezeigt werden. In vielen Orten und Städten gibt es Organisationen, die gegen die Vorurteile der Vergangenheit und Gegenwart, gegen den Antisemitismus, gegen das Vergessen des Holocaust, im besonderen gegen das Vergessen des Holocaust auf dem Territorium der von deutschen Truppen besetzten Sowjetunion ankämpfen, in Schulen gehen, Lehrmittel erstellen und in der Politik mitreden. In Russland und besonders in Moskau gibt es erstmals eine Reihe hebräischer Universitäten, jüdischer Hochschulen und zahlreiche andere Kultureinrichtungen (z. B. die Hebräische Universität Moskau, die Jüdische Staatliche Akademie ‚Maimonides‘, die Vereinigung jüdischer Hochschullehrer, den Russisch-Jüdischen Kongress). Vielleicht überhörbar, aber ein Beginn ...

Kurt Scharr, Slawist, ehem. Gedenkdienstleistender am Wissenschaftlichen Zentrum „Holocaust“, Moskau

Zloczów – Eine Geschichte aus Galizien

Zur Kritik an der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht

Der polnische Historiker Bogdan Musial versuchte in vier konkreten Fällen nachzuweisen, dass die Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht Bildmaterial verwendete, das fälschlicherweise Opfer des sowjetischen NKWD zeigte. Die Ausstellung wurde infolge der Vorwürfe von Musial ausgesetzt.

Im Juni 1941 begann Deutschland seinen Angriff auf die Sowjetunion. Hals über Kopf verließen die sowjetischen Truppen jene Teile Polens, die aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts der Sowjetunion zugefallen waren. Vor seinem Rückzug erschoss der NKWD aber einen nicht geringen Teil der inhaftierten politischen Gefangenen (darunter PolInnen, UkrainerInnen und JüdInnen). So geschah es auch in Zloczów.

Musials Kritik

Musial kritisiert u. a. Fotos, die von den Ausstellungsmachern folgendermaßen betitelt wurden: „Unbekannte Orte, gefunden im Juli 1944 bei einem gefallenen deutschen Soldaten in Brest, Weißrussland“. Musial legt in einem Artikel dar, dass es sich um Fotos aus Zloczów handelt, die in Wahrheit Gräueltaten des NKWD zeigen. Seine Behauptung stützt er darauf, dass er in verschiedenen polnischen Institutionen Aufnahmen entdeckte, die einem Foto in der „Wehrmachtsausstellung“ täuschend ähnlich sind. Jedoch gelten sie nicht als Beweise für Verbrechen, die von Deutschen verübt wurden, sondern als Belege für den Massenmord des NKWD in der Zloczówer Zitadelle, die der sowjetischen Geheimpolizei als Gefängnis gedient hatte. Abgesehen von Bildquellen zieht Musial noch anderes Material zur Unterstützung seiner Kritik heran: So verweist er auf die Ermittlungsakten der Bezirkskommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk in Łódź, die sich mit den Geschehnissen in Zloczów befassen. Aus diesen Unterlagen geht hervor, dass nach dem Abzug der sowjetischen Truppen im Garten der Zloczówer Zitadelle etwa 700 erschossene Menschen gefunden wurden. Tatsächlich erwähnt der NKWD-Offizier Filipow in einem Bericht, dass man die ermordeten Gefängnisinsassen von Zloczów im Garten verscharrt habe. Laut einer polnischen Augenzeugin, die von Musial befragt wurde, begannen die Einwohner von Zloczów mit den dazu gezwungenen Juden nach den Opfern zu graben.

Die Organisatoren der Ausstellung, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, reagierten auf Musials Kritik, indem sie in einem Brief an den polnischen Historiker die Leichen auf den Fotos als Juden bezeichneten, die von ukrainischen Nationalisten erschlagen worden seien. Der Wehrmacht warfen sie Billigung und sogar indirekte Unterstützung der Verbrechen vor. Somit bestünde kein Grund, die Bilder zu entfernen. Die Ausstellungsmacher vertreten die Ansicht, dass man in Zloczów mit zwei unterschiedlichen Opfergruppen zu rechnen hat: einerseits mit den vom NKWD ermordeten Gefangenen, andererseits mit den Juden, die nach dem deutschen Einmarsch getötet wurden. Menschen aus der letzteren Gruppe sollen auf den in der „Wehrmachtsausstellung“ verwendeten Fotografien abgebildet sein. Die Sachlage ist also deshalb besonders kompliziert, weil ein und derselbe Ort innerhalb kürzester Zeit zum Schauplatz zweier Massaker an Zivilisten wurde. Darauf verweisen auch verschiedene Zeugenaussagen, so jene von Shlomo Wolkowicz, mit dem ich im Februar ein Gespräch führte.

Erinnerungen eines Zeitzeugen

Shlomo Wolkowicz wurde im ostgalizischen Jagielnica geboren und besuchte ab 1937 das Jüdische Technische Gymnasium in Lwow (Lemberg). Mit dem Einmarsch der Sowjettruppen 1939 änderte sich das Klima schlagartig. Der scheinbare Friede konnte nicht über Denunziationen und die Präsenz des NKWD hinwegtäuschen. Als Deutschland im Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, zogen die sowjetischen Besatzer fluchtartig aus Lwow ab. Auch Shlomo Wolkowicz machte sich mit Schulkameraden auf den Weg. Er wollte über das 70 km entfernte Zloczów, wo sein Onkel wohnte, zu seinen Eltern nach

Jagielnica gelangen. Nach dem Fall der Stadt Zloczów marschierten Truppen der Wehrmacht und später die Einsatzgruppe C der SS ein. Der Terror gegen die jüdische Bevölkerung begann sofort. Noch am selben Tag wurde auf einem Plakat angeordnet, dass sich alle Juden am nächsten Morgen bei der Stadtverwaltung zu melden hätten. Wer nicht käme, würde erschossen. Nicht alle Juden folgten dem Aufruf; auch Shlomo Wolkowicz blieb zu Hause. Er und die Familie seines Onkels wurden jedoch von Ukrainern denunziert und wie viele andere ins Schlossgefängnis gebracht. Am Eingang zur Zitadelle standen SS-Leute und misshandelten alle, die an ihnen vorbeigehen mussten. Als Shlomo Wolkowicz den Hof betrat, sah er in einer Grube eine große Zahl von Leichen. Die Juden, die sich zuvor bei der Stadtverwaltung gemeldet hatten, kletterten auf den Toten und mussten sie zum Rand der Grube schaffen. Shlomo Wolkowicz wurde ebenfalls gezwungen, Leichen zu schleppen. Dabei erfuhr er, dass dies alles Opfer des NKWD seien. Nach einiger Zeit eröffneten die SS-Einheiten, die um die Grube herum standen, das Feuer auf die in der Grube arbeitenden Juden. Immer wieder konnte man zwischen dem Aufschreien und Wimmern der Opfer das „Schma Israel“ hören, bis plötzlich die Schüsse aufhörten. Shlomo Wolkowicz erzählte mir, dass ein Mann erschienen sei, den er zuvor nicht gesehen habe. Später erfuhr er, dass es sich um den Wehrmachtsoffizier Korfes handelte, auf dessen Befehl die Frauen, die bisher unbehelligt an der Zitadellenmauer gestanden waren, freigelassen wurden. Danach eröffnete man erneut das Feuer. Shlomo Wolkowicz bückte sich und wurde vom Körper eines erschossenen Mannes begraben. „Voller Verzweiflung beschloss ich, aus dem Leichenhaufen nach oben zu kriechen, um endlich die erlösende Kugel zu kriegen.“ Gewiss, so Shlomo Wolkowicz, würden die Mörder nachher die Grube zuschütten und ihn somit lebendig begraben. Als jedoch plötzlich Regen einsetzte, brachen die Erschießungen ab. Nach einigen Stunden konnte sich Shlomo Wolkowicz aus dem Leichenberg befreien. Er kroch mit drei anderen Überlebenden aus der Grube und schlich sich zum Haus des Onkels. Nach zwei Tagen verließ er Zloczów. Die noch über drei Jahre dauernde deutsche Besetzung überlebte er teils in Verstecken in Jagielnica, teils mit „arischen Papieren“ bei einer polnischen Familie.

ZeitzeugInnen – HistorikerInnen

Als ich ihn auf die Kritik ansprach, die der Historiker Bogdan Musial geäußert hatte, wehrte Shlomo Wolkowicz ab und erklärte, dass er alles so erlebt habe, wie er es erzähle. Ob man ihm Glauben schenke oder nicht sei für ihn insofern gleichgültig, als er nicht zu den Historikern in Konkurrenz treten wolle.

Die Geschichtswissenschaft muss es allerdings beunruhigen, wenn Diskrepanzen zwischen ihrer Deutung schriftlicher oder bildlicher Quellen und der Aussage von ZeugInnen auftreten. Für die Klärung offener Fragen steht nur mehr relativ kurze Zeit zur Verfügung: Statistisch gesehen bleiben uns höchstens noch zehn Jahre, um mit Überlebenden des Holocaust Gespräche zu führen.

Christian Selinger, Gedenkdienstleistender in Warschau;
redaktionelle Bearbeitung: Oliver Kühschelm

Verwendete Quellen:

Interview mit Shlomo Wolkowicz

Wolkowicz, Shlomo, Das Grab bei Zloczów. Geschichte meines Überlebens. Galizien 1939-45. Berlin 1996

Musial, Bogdan, Kritische Anmerkungen zur Wehrmachtausstellung. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Hg. von Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz und Horst Möller, (47. Jg.) 1999, 4. Heft/Oktober.

GEDENKDIENTST in Warschau

1946 gegründet, befindet sich das Jüdische Historische Institut (Żydowski Instytut Historyczny) im Gebäude der ehem. Jüdischen Bibliothek der Warschauer Universität und ist eine der wichtigsten Institutionen zur Erforschung der Geschichte der Juden in Osteuropa.

Es beherbergt u. a. das „Ringelblum-Archiv“, das im Warschauer Ghetto gegründet und, damals in Milchkannen versteckt, fast vollständig erhalten ist. Weiterer wichtiger Teil des Archives ist eine umfangreiche Sammlung von Überlebendenberichten. Im Archiv befinden sich Akten vieler jüdischer Gemeinden, Briefwechsel des American Joint Distribution Committee, der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, eine Sammlung von Gemälden und Zeichnungen sowohl aus dem Warschauer Ghetto als auch aus der Zeit vor der NS-Besatzung, zahlreiche rituelle Gegenstände und Skulpturen.

Ab April d. J. werden nach langen Renovierungsarbeiten die Exponate in Form einer Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Dauerausstellung über das Warschauer Ghetto wird demnächst wieder eröffnet.

Regelmäßig erscheint ein Bulletin mit wissenschaftlichen Arbeiten der Mitarbeiter des Instituts. Am Institut werden abends Hebräischkurse angeboten, wöchentliche wissenschaftliche Sitzungen bieten Historikern die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen.

Die Dokumentationsabteilung befasst sich mit der Sammlung und Katalogisierung von Foto- und Filmmaterial, die einerseits über materielle Spuren jüdischer Kultur in Polen und andererseits über die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Zeugnis ablegen. Diese Abteilung und das Archiv sind mein unmittelbarer Arbeitsbereich als Gedenkdienstleistender: Im Archiv beschäftige ich mich u. a. mit der Erstellung einer zweisprachigen Inventur der Breslauer Gemeindeakten, Übersetzungen von deutschsprachigen Dokumenten ins Polnische und betreue die deutsch- und englischsprachige Korrespondenz. In vereinzelt Fällen stehe ich Archivbenützern zur Seite. In der Dokumentationsabteilung übersetze ich deutschsprachige Dokumentar- und Spielfilme über den Holocaust ins Polnische und fertige Karteien sowie Inhaltsangaben an. Im Zuge der Ausstellungseröffnung werden wieder mehr Besucher erwartet. So werde ich einem Mitarbeiter des Instituts mit Übersetzungen bei Führungen durch das ehemalige Warschauer Getto assistieren. Zeitzeugengespräche, Filme und Diskussionen bieten über die Dienstzeit hinaus die Möglichkeit, sich mit der Thematik des Holocaust zu beschäftigen.

(cs)

Österreich bankrott – Gedenkdienst vor dem Aus?

Innenministerium plant Ausgabenkürzung, Gedenkdienstleistende

Gedenkdienst wurde 1992 vor dem Hintergrund eines politischen und gesellschaftlichen Umdenkens über die Rolle Österreichs während der NS – Diktatur gegründet. Die Debatte über das Verhalten des ehemaligen Bundespräsidenten Waldheim brachte einen allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs in Gang, der in vielen Fällen ein differenzierteres Bild ergab als die bis dahin oft bemühte österreichische Lebenslüge, „erstes Opfer des Nationalsozialismus gewesen zu sein“. Als Gedenkdienst 1992 begann, Zivildienstleistende an Holocaust-Gedenkstätten zu entsenden, wurde damals wie heute ein Zeichen eines verantwortungsvollen Umgangs mit der eigenen NS-Vergangenheit gesetzt.

Mittlerweile haben weit über 100 junge ÖsterreicherInnen diese Form des Zivil- bzw. Freiwilligendienstes absolviert und damit ihren individuellen Beitrag einer Annäherung zu Holocaust-Überlebenden und österreichischen Vertriebenen geleistet. In vielen Fällen wurde Gedenkdienstleistenden ein persönlicher Zugang und ein tiefes Verständnis über die Zusammenhänge des Nationalsozialismus und des Holocaust ermöglicht. Dieses Wissen haben einige auch nach ihrem Gedenkdienst engagiert weitergegeben und sich in verschiedenen Initiativen (ARCHE, Anne Frank Ausstellung etc.) gesellschaftspolitisch engagiert. Nicht zuletzt die zahlreichen

ehrenamtlichen MitarbeiterInnen beim Verein Gedenkdienst selbst, die dieses Projekt seit Jahren aufrecht erhalten, zeugen vom ungebrochenen Interesse an einer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

In den letzten Jahren wurden die Ausbildungsprogramme (Studienfahrten, Seminare, Zeitzeugengespräche) für zukünftige Gedenkdienstleistende intensiviert. Die positive Resonanz unserer Projektpartner im Ausland, die sich auf sensibilisierte und mit der Thematik vertraute MitarbeiterInnen verlassen können, hat uns bestätigt, dass wir damit die richtigen Akzente gesetzt haben.

FP verunglimpft Gedenkdienst

Im Zuge der allgemeinen Debatte über Kürzungen der Budgetausgaben beim Zivildienst ist nun auch Gedenkdienst ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Den Auftakt machte FPÖ-Sicherheitssprecherin Partik-Pablé, die in der Info-Illustrierten NEWS mit der Aussage zitiert wurde: „Es ist nicht einzusehen, dass unsere Zivildienstler Gedenktafeln in Jerusalem pflegen, wo man sie hierzulande dringend bräuchte, um ihren Dienst an Behinderten zu versehen.“ Die israelische Botschaft sowie die Israelitische Kultusgemeinde in Wien reagierten betroffen auf die Äußerungen und sahen darin „viele Fragezeichen auf die Bereitschaft, sich aufrichtig und ehrlich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen“ aufgeworfen.

Bundespräsident als Vermittler

Auf Anfrage des Wissenschaftssprechers der SPÖ, Erwin Niederwieser an Bundespräsident Klestil konnte dann in weiterer Folge eine prinzipielle Zusage zur Weiterführung von Gedenkdienst eingeholt werden. Darin stellt Klestil fest, „dass ungeachtet der für den Zivildienst in Österreich in Aussicht genommenen Umstellungen bzw. Reduzierungen, in keiner Weise an Kürzungen bei den Auslandszivildienstern, die Dienste an Holocaust-Gedenkstätten verrichten, gedacht ist.“

Trotz dieser positiv zu bewertenden Aussage des Bundespräsidenten sieht sich nun Gedenkdienst mit einem weit größeren Problem konfrontiert: die zukünftige Finanzierung der Gedenkdiensteinsätze. Diese war bisher über

eine Basissubvention des Innenministeriums geregelt, deren Höchstbemessungsgrundlage die durchschnittlichen Kosten eines Zivildienstleistenden im Inland zugrunde liegen. Dieser Betrag ist beispielsweise für 1999 mit 138.991 Schilling festgelegt worden, wovon für Gedenkdienstleistende Versicherungen, Reisekosten und Lebenshaltungskosten vor Ort ersetzt wurden. Zusätzliche Kosten wie sie gerade in Ländern der Emigration (Israel, Großbritannien, USA, Argentinien) entstanden sind, wurden von den Freiwilligen in der Höhe von bis zu 100.000 Schilling selbst getragen.

GD in Zukunft ohne Geld?

Zukünftige Zivildienstler im Inland sehen sich nun mit einer Reduktion ihrer Finanzmittel von insgesamt 40.000 Schilling pro Jahr konfrontiert. Analog dazu fällt die Bemessungsgrundlage für zukünftige Gedenkdienstleistende – ein Zustand, der Gedenkdienst insgesamt vor das finanzielle Aus stellt. So müsste etwa ein Gedenkdienstleistender in Israel zukünftig mit monatlich 4.000 Schilling auskommen bei realen Ausgaben von 12.000 Schilling pro Monat.

Im Widerspruch zur Präambel

Die negativen Maßnahmen gegen Gedenkdienst stehen nach Meinung aller MitarbeiterInnen in krassem Widerspruch zu der von der Bundesregierung unterzeichneten Präambel. Darin hat man sich verpflichtet, der Jugend das Wissen um die österreichische NS-Vergangenheit weiterzugeben. Da nun Gedenkdienst in seiner Existenz bedroht wird, haben wir uns neuerlich an den Bundespräsidenten gewandt und ihn um Vermittlung gebeten. Gedenkdienst wird somit zum Gradmesser für die Glaubwürdigkeit dieser neuen Regierung.

Sascha Kellner, Obmann des Verein Gedenkdienst

Telegramm

Was ist los in Österreich?

Interessiert bis resignierend sind die Reaktionen zur Situation in Österreich in den Gedenkdienststellen am Leo Baeck Institute in New York und am US Holocaust Memorial Museum in Washington. Die Aufmerksamkeit, die dem Land seit der Regierungsbildung entgegengebracht wird, ist jedenfalls hoch und die Bitten um Stellungnahmen der Gedenkdienstleistenden sind zahlreich.

Vor allem unter den EmigrantInnen sind Besorgnis und Ärger groß. „Das Land ist wunderschön, aber die Leute haben nicht allzuviel dazugelernt“, antwortet die 84-jährige Helen A. auf die Frage nach ihrem heutigen Verhältnis zu Österreich. Durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ fühlt sie sich in ihrer Ansicht bestätigt. „Damals hat es genauso angefangen“, ist der Kommentar vieler Vertriebener. Hans G., der seit über 40 Jahren trotz des latent zu spürenden Antisemitismus die Sommermonate in seiner ehemaligen Heimat verbringt, stornierte aus aktuellem Anlass seine Hotelreservierung. Zuletzt tat er das 1986 nach der Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten.

(rw)

Im Interesse Ungarns

Im November 1999 wurde die Ungarische Auschwitzstiftung MAA in eine öffentliche Stiftung umgewandelt. Der Entschluss des Kultusministers József Hámori bedeutet nicht nur finanzielle Hilfestellung für die 1990 aus einer Bürgerinitiative entstandene MAA, die sich die umfassende wissenschaftliche Erforschung des ungarischen Holocaust durch das ihr unterstehende Holocaust Dokumentationszentrum zum Ziel gesetzt hat. Es ist ein offizielles Zeichen, dass der Holocaust nicht nur eine Angelegenheit der jüdischen, sondern der ungarischen Geschichte ist. Geplant ist die Errichtung eines Museums und eines Dokumentations- und Fortbildungszentrums in der Synagoge in der Páva utca, unter Leitung der MAA.

(rw)

"Damit all diese Spuren..."

„Damit all diese Spuren nicht verschwinden“ zeigt Arbeit und Leben des Gedenkdienstleistenden Christian Selinger am Jüdischen Historischen Institut in Warschau. Der Film entstand auf Anregung des Österreichischen Kulturinstituts in Warschau in Zusammenarbeit mit dem Verein Gedenkdienst. Gestaltet wurde er von Niko Mayr (Kamera, Student der Filmhochschule Wien), Sebastian Markt (Student am Institut für Geschichte, Universität Wien) und Susanne Gutenberg (Schnitt).

Filmverleih: 01/581 04 90

(rw)

Next Generation

Ausbildung und Vorbereitung der Gedenkdienstleistenden ist Schwerpunkt der Arbeit von Gedenkdienst. Mitte Februar kam es zu einem Zusammentreffen aller Gedenkdienstleistenden, die am 15. Juli 2000 ihren Dienst antreten werden. Das Wochenende diente dem besseren Kennenlernen, weiters wurden Aspekte österreichischer Zeitgeschichte diskutiert. In drei Arbeitsgruppen zu den Themen „NS-Affären der Zweiten Republik“, „Wiedergutmachung in Österreich“ und „Euthanasieanstalt Schloss Hartheim“ wurden selbständig Inhalte erarbeitet und präsentiert.

Marco Feingold, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in Salzburg, war als Zeitzeuge zu Gast und stand für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Ein Besuch der KZ-Gedenkstätte Ebensee sowie der Erfahrungsaustausch mit dem Zivildienstleistenden des Widerstandsmuseums Ebensee bildeten den Abschluss.

(sk)

GD im Deutschen Bundestag

Aus Anlass des Deutschen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000 lud der Deutsche Bundestag verschiedene europäische Initiativen zu einem gemeinsamen Austausch nach Berlin ein. Das Programm umfasste neben Projektpräsentationen eine historische Stadtführung zu Stätten der national-sozialistischen Gewaltherrschaft in Berlin sowie die Möglichkeit zur Begegnung mit Holocaust-Überlebenden. Christian Klösch und Sascha Kellner von Gedenkdienst konnten erstmals den in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturinstitut in Warschau produzierten Film „Damit all diese Spuren nicht verschwinden“ zeigen, der die Arbeit des Gedenkdienstleistenden Christian Selinger am Jüdisch-Historischen Institut in Warschau dokumentiert. Die Teilnahme an der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag mit einer Rede des Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel war Abschluss und zugleich Höhepunkt des dreitägigen Erfahrungsaustausches.

(sk)